

Antrag
von Anwälten aus WHO-Staaten gem. § 206 BRAO
auf Aufnahme als Syndikus in die Rechtsanwaltskammer

Rechtsanwaltskammer Nürnberg
Fürther Straße 115
90429 Nürnberg

- Anlagen:**
1. lückenloser Lebenslauf mit Lichtbild
 mit Übersetzung in die deutsche Sprache durch einen vereidigten Übersetzer oder Dolmetscher
 2. amtlich beglaubigte Abschrift der Bescheinigung der im Herkunftsstaat zuständigen Behörde über die Zugehörigkeit zu dem Beruf mit Übersetzung in die deutsche Sprache durch einen vereidigten Übersetzer oder Dolmetscher
 3. Nachweis der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der WHO
 4. ausgefüllter und unterschriebener Fragebogen (s. Formblatt)
 5. Originalausfertigung oder öffentlich beglaubigte Ablichtung des Anstellungsvertrages (§ 46a Abs. 3 BRAO)
 6. Beschreibung der tatsächlichen Tätigkeit und Vereinbarung zur fachlichen Weisungsunabhängigkeit, von Arbeitgeber und Antragsteller unterschrieben (s. Formblatt)
 7. Amtlich beglaubigte Abschrift der Aufenthaltsgenehmigung (§ 14 AuslG)
 8. amtlich beglaubigte Abschrift eines Nachweises über eine frühere Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, einer Erlaubnis nach RDG oder einer Mitgliedschaft in einer Rechtsanwaltskammer im Geltungsbereich der Bundesrechtsanwaltsordnung
 9. amtlich beglaubigte Abschrift eines Nachweises über einen akademischen Grad
 10. Nachweis über die bezahlten Verwaltungsgebühren in Höhe von € 500,--

Antragsteller/in (Name, Vorname - Rufname unterstreichen - , ggf. auch Geburtsname)	
Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	tagsüber erreichbar unter Tel.-Nr.
Geburtsdatum und -ort, Bundesland oder ausländischer Staat	Staatsangehörigkeit

Hiermit beantrage ich die Aufnahme als Syndikusrechtsanwalt/-rechtsanwältin in die Rechtsanwaltskammer Nürnberg.

Ich bin berechtigt, die in _____(Herkunftsstaat) erworbene

Berufsbezeichnung _____ zu führen (siehe Anlage 2).

Meinen Wohnsitz werde ich nach meiner Zulassung

- beibehalten.
 nehmen in _____
(Straße, Hausnummer, Ort)

Meine Tätigkeit als Syndikusrechtsanwalt / Syndikusrechtsanwältin werde ich ausüben beim Arbeitgeber

Firma/Name des Arbeitgebers, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort	Telefonnummer:
	Telefax:
	E-Mail-Adresse:

Mit der Beiziehung etwa vorhandener Personalakten bei anderen Rechtsanwaltskammern / Justizverwaltungen oder sonstigen Behörden sowie der Anfertigung von Kopien und deren Aufbewahrung erkläre ich mich einverstanden.

Meine Sozialversicherungsnummer lautet

(falls zur Hand; Angabe vereinfacht die Kommunikation mit der Deutschen Rentenversicherung).

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von 500,-- € ist überwiesen.

Mir ist bekannt, dass meine Daten bei der zuständigen Rechtsanwaltskammer gespeichert und teilweise in einem Regionalverzeichnis sowie nach Übermittlung an die BRAK in einem bundeseinheitlichen Gesamtverzeichnis im Internet veröffentlicht werden, § 31 BRAO.

Die Anlagen bilden einen integralen Bestandteil dieses Antrags. Alle Antworten und Angaben habe ich in Kenntnis des § 36 Abs. 1 und 2 BRAO vollständig und wahrheitsgemäß gegeben/ gemacht. Die Mitwirkungspflicht ergibt sich aus § 32 Satz 1 BRAO i.V.m. § 26 VwVfG.

Ort und Datum

Unterschrift

HypoVereinsbank Nürnberg
IBAN: DE96 7602 0070 2020 1059 79, BIC: HYVEDEMM460

Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten durch die Rechtsanwaltskammer Nürnberg sowie eine Belehrung über Ihre diesbezüglichen Rechte finden Sie unter: www.rak-nbg.de/datenschutzhinweise. Sofern Sie nicht über einen Zugang zum Internet verfügen, werden Ihnen die Informationen auf Wunsch auch übersandt.

Tätigkeitsbeschreibung

als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt

Vor- und Nachname	
I. Angaben zur Tätigkeit	
Beginn <i>(Datum)</i>	
Arbeitgeber <i>(bitte vollen Namen / volle Firma)</i>	
Adresse <i>(zugleich Kanzleisitz):</i>	
Unternehmensgegenstand/Gesellschaftszweck o.ä.	Registernummer
Funktionsbezeichnung	
II. Fachliche Unabhängigkeit	
<p>s. gesonderten Formulierungsvorschlag</p> <p>Bitte gesondert als Ergänzung zum Arbeitsvertrag vorlegen mit Unterzeichnung Antragsteller und Arbeitgeber. Die eventuell widersprechenden Regelungen im Arbeitsvertrag sollten ausdrücklich aufgehoben werden.</p>	
III. Merkmale der anwaltlichen Tätigkeit	
Tätigkeitsbeschreibung:	
Die Tätigkeit beinhaltet <i>(Die Tätigkeitsmerkmale müssen kumulativ vorliegen):</i>	
Die Prüfung von Rechtsfragen, einschließlich der Aufklärung des Sachverhalts sowie das Erarbeiten und Bewerten von Lösungsmöglichkeiten § 46 Abs. 3 Nr. 1 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Erteilung von Rechtsrat § 46 Abs. 3 Nr. 2 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Ausrichtung der Tätigkeit auf die Gestaltung von Rechtsverhältnissen, insbesondere durch das selbständige Führen von Verhandlungen, oder auf die Verwirklichung von Rechten § 46 Abs. 3 Nr. 3 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Befugnis zu verantwortlichem Auftreten nach außen § 46 Abs. 3 Nr. 4 BRAO	<i>s. gesonderten Formulierungsvorschlag</i>

IV. Erklärung zur Prägung der anwaltlichen Tätigkeit

Werden nichtanwaltliche Tätigkeiten in diesem Arbeitsverhältnis ausgeführt?

ja nein

(Beschreibung der nichtanwaltlichen Tätigkeiten)

.....
.....
.....

Wenn ja, in welchem prozentualen Umfang werden die nichtanwaltlichen Tätigkeiten ausgeführt?

%

V. Erklärung des Unternehmens / Verbandes (satzungsmäßiger Vertreter)

Dem/Der Arbeitnehmer/in wird bestätigt, dass er/sie in unserem Unternehmen als Syndikusrechtsanwältin bzw. Syndikusrechtsanwalt tätig ist. Die unter II. und III. gemachten Angaben sind zutreffend und Bestandteil des Arbeitsvertrages. Eventuell anderslautende Bestimmungen zur Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers werden hiermit bezogen auf die anwaltliche Tätigkeit aufgehoben.

Uns ist bekannt, dass der/die Arbeitnehmer/in die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin /Syndikusrechtsanwalt beantragt. Uns ist weiter bekannt, dass von der Entscheidung über die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung abhängt. Wir verzichten hiermit vorsorglich auf eine Hinzuziehung als Beteiligter in dem Zulassungsverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Satz 2 VwVfG.

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Unterschrift Unternehmen / Verband)

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Unterschrift Antragsteller/in)